

Endspiel um Myanmar

Regierung eskaliert den Konflikt. Dabei kontrolliert sie nur noch einen kleinen Teil des Landes

Von Satyajeeet Malik

Die Militärregierung in Myanmar verschärft die Unterdrückung der Bevölkerung und intensiviert gleichzeitig Luftangriffe auf Separatistengruppen. Dies geht aus am Montag veröffentlichten Angaben des »Armed Conflict Location and Event Data Projects« (ACLED) hervor, das Daten zum anhaltenden Konflikt in Myanmar sammelt. Die neue Konfliktwelle folgt auf die Umstrukturierung der militärischen Kommandostruktur, nachdem der Oberkommandierende Min Aung Hlaing im April zum zivilen Präsidenten gekürt worden war.

In dem südostasiatischen Land herrscht seit 2021, in Folge der Absetzung der letzten gewählten Regierung von Aung San Suu Kyi durch das Militär, ein Bürgerkrieg, der rund 100.000 Menschen das Leben gekostet und Millionen in die Flucht getrieben hat. Seitdem steht Suu Kyi unter Hausarrest – bereits zum vierten Mal im Verlauf ihrer politischen Karriere seit Juli 1989. Suu Kyi, die 1991 noch den Friedensnobelpreis für ihren gewaltfreien Widerstand gegen die damalige Militärdiktatur erhalten hatte, verlor internationale Unterstützung und Anerkennung, als ihre eigene Regierung der Nationalen Liga für Demokratie (NLD) das Vorgehen des Militärs gegen die muslimische Rohingya-Ethnie in Myanmar verteidigte, welches von der UNO als »Lehrbuchbeispiel für ethnische Säuberung« bezeichnet wurde.

Zwar sind gegenwärtig fast alle Teile des Landes von Kämpfen betroffen. Besonders intensiv sind sie jedoch in der Zentralregion und den an Ostthailand grenzenden Gebieten. Die zentralen Provinzen, die von der Bevölkerungsgruppe der Bamar dominiert werden, die 50 Prozent der Einwohner Myanmars ausmacht, bleiben Hochburgen des Militärs. In der östlichen Region dominiert die Karen National Liberation Army (KNLA), die weithin als Werk des britischen Geheimdienstes gilt. Diese Region liegt direkt an der Bucht von Bengalen und in der Nähe der Straße von Malakka, einer der weltweit wichtigsten Schifffahrtsrouten.

Interessanterweise hat die im Norden an China angrenzende Provinz Kachin laut ACLED-Bericht keine größeren Konflikte erlebt, obwohl die dortigen Separatistengruppen ihre Unterstützung für die sogenannte prodemokratische Bewegung bekundet haben. Kachin beherbergt eines der größten Vorkommen an seltenen Erden und rangiert beim Abbau dieser Mineralien an dritter Stelle. Mit den USA verbündete Stimmen haben ihre Unterstützung für die »Unabhängigkeit« des Volkes der Kachin und für eine Annäherung der Region an die USA zum Ausdruck gebracht.

Die neue Konfliktrunde folgt auf eine Phase, die als Konsolidierung der antimilitärischen Kräfte verstanden werden kann. Im April 2021, zwei Monate nach dem Putsch, bildete eine Koalition aus abgesetzten Abgeordneten und ethnischen Minderheiten die Nationale Einheitsregierung (NUG), deren Ziel es ist, die Militärherrschaft zu beenden und eine Föderation zu errichten. Im Mai 2021 kündigte die NUG die Bildung ihres bewaffneten Flügels, der People's Defence Force (PDF), an und rief zu einem »Volksverteidigungskrieg« auf. Gruppen wie die Kachin Independence Army (KIA) und die KNLA haben sich mit der PDF koordiniert.

Der Wendepunkt im Krieg kam 2023, als die »Three Brotherhood Alliance«, ein Bündnis ethnischer Armeen im nördlichen Shan-Staat, die »Operation 1027« startete und dem Militär die Kontrolle über Schlüsselgebiete entriss. Im Januar 2024 vermittelte China einen Waffenstillstand zwischen der Militärregierung und der »Three Brotherhood Alliance«. Laut einem *BBC*-Bericht von 2024 kontrolliert die Militärregierung nur noch 21 Prozent des Staatsgebiets, während Rebellen- und Separatistengruppen 42 Prozent halten. Nach Angaben des »Global Conflict Trackers« ist die Stärke der Regierungstruppen von 300.000 Soldaten im Jahr 2021 auf derzeit rund 130.000 geschrumpft.

Der Konflikt in Myanmar ist ein direktes Erbe des britischen Kolonialismus, der Spaltungen im Land zwischen seinen 135 ethnischen Gruppen schürte. Während der Kolonialherrschaft von 1824 bis 1948 institutionalisierte London ethnolinguistische Unterschiede als Teil seines imperialen Schemas des »Teile und herrsche«. Da die Kolonialherrschaft Myanmar zu einem landwirtschaftlichen Anhängsel des britischen Kolonialismus machte, erzwang Großbritannien eine Massenmigration muslimischer Landarbeiter aus britisch-indischen Gebieten. Die Regierungen des unabhängigen Myanmar haben die Politik der Institutionalisierung der ethnischen Unterschiede fortgesetzt, unter anderem durch die Verabschiedung des Staatsbürgerschaftsgesetzes von 1982, das eine Million muslimische Rohingya faktisch zu Staatenlosen machte.

<https://www.jungewelt.de/artikel/526929.südostasien-endspiel-um-myanmar.html>